

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Aufklärung statt Ausgrenzung! – Ein offener und unverkrampfter Umgang mit HIV und Aids

Der Landtag wolle beschließen:

Der Umgang mit Aids und HIV geht in unserer Gesellschaft nach wie vor mit großer Verunsicherung und Diskriminierung einher. Es mangelt an dem nötigen Wissen über die Krankheit, die Ansteckungsrisiken und den Umgang mit Mitmenschen, die mit HIV leben. Noch immer ist das Leben mit HIV für viele Betroffene ein täglicher Kampf gegen moralische Vorurteile, irrationale Ängste, Ausgrenzung und Diskriminierung. Menschen die mit HIV leben dürfen nicht an den Rand gedrängt werden, sie gehören wie jeder andere mitten in unsere Gesellschaft.

In Deutschland lebten laut Robert-Koch-Institut Ende 2017 rund 86.100 Menschen mit HIV, etwa 2.600 Menschen infizierten sich im Laufe des Jahres neu. Laut Hochrechnungen wissen 11.400 Menschen mit HIV nichts von ihrer Infektion. 87% der HIV-Infektionen sind diagnostiziert, 92% der Diagnostizierten erhalten HIV-Medikamente, bei 95% davon ist HIV nicht mehr nachweisbar. Im Saarland leben etwa 850 Menschen mit HIV, davon fast 15% ohne HIV-Diagnose. Hauptbetroffene Gruppe sind nach wie vor Männer die ungeschützten Sex mit Männern haben, erfreulicherweise aber mit zurückgehenden absoluten Zahlen. Die Anzahl der Neuinfektionen auf heterosexuellem Weg sowie bei Personen mit intravenösem Drogenkonsum ist zwar deutlich niedriger aber sie ist leicht steigend.

Mit der Aids-Hilfe Saar und weiteren Akteuren im Gesundheitssystem wie etwa den ärztlichen Schwerpunktpraxen und der HIV-Ambulanz am Universitätsklinikum stehen im Saarland engagierte und kompetente Ansprechpartner zur Verfügung, die eine gute Versorgung und Beratung von Menschen mit HIV in unserem Lande garantieren. Gerade auf dem Gebiet der Aids-Forschung und -Behandlung wurden in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte erreicht. Moderne Medikation ermöglicht heute Menschen mit HIV-Infektion ein fast normales Leben. Die Lebenserwartung eines 25-Jährigen mit HIV beträgt statistisch gerade mal fünf Monate weniger als die eines nicht infizierten Mannes. Mit der Freigabe von HIV-Selbsttests und der Kostenübernahme für die HIV-Prophylaxe PrEP für Menschen mit einem erhöhten Ansteckungsrisiko sind weitere wichtige Schritte im Kampf gegen die Krankheit unternommen. Parallel müssen aber auch die noch weit verbreiteten Vorbehalte in unserer Gesellschaft abgebaut werden.

Denn die Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung schreckt noch immer Menschen, die ein HIV-Risiko haben, davon ab sich testen zu lassen, mit gravierenden gesundheitlichen Folgen. Nur unerkannte und unbehandelte HIV-Infektionen führen heute noch zu schweren Erkrankungen und Übertragungen. Aber auch die Zahl der Spät Diagnosen ist weiterhin hoch und erschwert eine erfolgreiche Behandlung.

Aufklärung und Prävention sind und bleiben der wesentliche Schlüssel im Kampf gegen Aids und HIV. Hier leisten die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aids-Hilfe Saar, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter und weitere Ehrenamtliche wertvolle Arbeit. Auch bei zurückgehenden Infektionsfällen müssen Aufklärung und Bewusstseinsbildung mit Nachdruck weiter betrieben werden.

Grundsätzlich ist eine Ansteckungsgefahr im Alltag faktisch nicht gegeben. Dank guter Medikation können Menschen mit HIV heute im Prinzip dasselbe Leben führen wie jeder andere, ihre Lebenserwartung ist fast identisch mit der Nichtinfizierter. Dennoch konfrontiert ein „Outen“ die Betroffenen oftmals mit Ablehnung, Vorurteilen und Diskriminierung. Dies nicht nur im persönlichen Umfeld sondern mit negativen Folgen in allen Lebensbereichen, in der Arbeitswelt, im Gesundheitswesen oder in der Versorgung im Alter. Während etwa bei der Bundeswehr Menschen mit HIV gleichberechtigt behandelt werden, gibt es bis heute Defizite in der Akzeptanz im Polizeidienst. Gerade der öffentliche Dienst muss mit gutem Beispiel vorangehen und letztendlich unbegründete Vorbehalte abbauen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die saarländische Landesregierung auf

- die auskömmliche Finanzierung der Aids-Hilfe Saar und ihrer etablierten Projekte BISS und Gudd druff! langfristig sicherzustellen, gemeinsam mit den Partnern Regionalverband und Landeshauptstadt Saarbrücken;
- ihre Aufklärungsarbeit intensiv weiterzuführen;
- sich einzusetzen für gezielte Aufklärung im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten und sonstigem medizinischem und pflegerischem Fachpersonal;
- Beschäftigungshindernisse für Menschen mit HIV bei der saarländischen Polizei zu beseitigen;
- auf eine weitere Sensibilisierung des Personals in Einrichtungen wie Pflegeheimen usw. hinzuwirken;
- jeglicher Stigmatisierung aufgrund einer HIV-Infektion entschieden entgegenzuwirken.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.